Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden. Anzeigenannahme und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 200. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Dienstags 17—18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr [illegible] Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 10. Juli 1930 — Nummer 158

Sammelt für Mansfeld! Mansfeld muß siegen!

Heute Landtagseröffnung!

Nazis und SPD-Führer raufen um die Ministerposten — Kommunisten sagen dem Landtag des Young-Kurses schärfsten Kampf an — Ihre Forderungen: Arbeitsbeschaffung, 7-Stunden-Tag, herunter mit den Gehältern der hohen Bürokratie!

Dresden, den 10. Juli

Heute um 13 Uhr tritt der neue Landtag zusammen. Die ihm von der Bourgeoisie zugewiesene Aufgabe ist es, eine Regierung zu wählen, die bedingungslos den Bünger-Haushalt durchpeitschen, die Lohnabbauoffensive der Unternehmer unterstützen, den Youngkurs des Bürgerblocks im Reich auch auf Sachsen übertragen soll. Der 22. Juni war für die bürgerlichen Parteien ein ernstes Warnungssignal, daß ihre Politik des Hungers und des Terrors nur um den Preis der Radikalisierung des proletarischen und kleinbürgerlichen Lagers erkauft werden kann. Aus diesem Widerspruch der Verschärfung der Klassengegensätze, der Durchsetzung einer massenfeindlichen Youngpolitik resultieren die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Regierungskuhhandels.

Der rechte Flügel der Bourgeoisie erklärt sich eindeutig für eine Einbeziehung der Faschisten in die Regierung und in den kapitalistischen Staatsapparat.

Deutschnationale, Volkspartei und Wirtschaftspartei haben sich erst in einer gestrigen Sitzung wieder auf eine solche Regierungskombination festgelegt. Demgegenüber lassen die Demokraten, die infolge ihrer offenen reaktionären Politik am 22. Juni einen außerordentlich hohen Stimmenverlust erlitten, erklären, daß jede Hoffnung auf eine Unterstützung eines Rechtskabinetts durch die Demokraten eine „trügerische Hoffnung" sei, für sie käme nur die Große Koalition in Frage. Schließlich versucht die Volksnationale Reichsvereinigung ein „überparteiliches Kabinett" zustande zu bringen, um damit die Parteien von der direkten Mitverantwortung für den reaktionären Regierungskurs zu entlasten.

Eindeutig ist das Verhalten der Nazis und der Sozialdemokraten.

Wie in Thüringen, stellt auch in Sachsen Hitler der Bourgeoisie seine Mannen zur Verfügung, um die Geschäfte der Kapitalisten in der Regierung zu versorgen.

Die Vorschläge der faschistischen Landtagsfraktion gehen dahin, den Deutschnationalen die Ministerpräsidentschaft anzubieten und ihnen selbst das Innen- und Arbeitsministerium zu überlassen. Hinter der Phrase einer „marxistenreinen" Regierung erklären also die Faschisten ihre Bereitschaft, den Youngkurs des Bürgerblocks mit ihrer Hilfe durchzuführen.

Nicht minder versessen, die Geschäfte des Bürgerblocks zu versorgen, sind die Sozialdemokraten, die selbst den Schein ihrer „linken" Phrase aufgegeben haben.

Sie haben sich zur bedingungslosen Regierungsbeteiligung nicht nur mit der Volkspartei, sondern selbst mit dem Ableger der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, bereit erklärt. Um eine bessere Verhandlungsbrücke zu bauen, haben sie ihren ehemaligen Kandidaten Fleißner fallen gelassen und Lipinski aufgestellt. So jagen National- und Sozialfaschisten untereinander um die Wette, als Fronvogt der Youngbourgeoisie den Regierungskurs gegen die arbeitende Klasse Sachsens steuern zu dürfen.

Die Kommunistische Partei hat mit dem Regierungskuhhandel des bürgerlich-sozialdemokratischen Lagers nichts gemein.

Wie immer die Regierungskombination geartet sein mag, sie ist die Exekutive des Klassenwillens der Trustbourgeoisie, und wird deshalb dem schärfsten Kampfe der Kommunisten begegnen. Mögen die anderen um die schwerbezahlten Ministerposten sich in den Haaren liegen, wir Kommunisten werden die Tribüne des Landtags benutzen, die Klassenforderungen des Proletariats zu vertreten und seine Feinde zu demaskieren.

Bereits am ersten Tage nach der Wahl haben wir Kommunisten eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die freilich nicht im Interesse einer bürgerlich-sozialdemokratisch-faschistischen Regierungskoalition liegen, sondern im Interesse des Proletariats.

Wir fordern Siebenstundentag, Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen, Gehaltsabbau für die hohe Bürokratie, Kampf gegen den Gehaltsabbau der unteren Beamten.

Diesen unseren Forderungen werden andere folgen. Bei der Behandlung dieser Forderungen werden sich die Feinde des Proletariats, die Träger der Großen oder Rechtskoalition, demaskieren.

Die Kommunistische Partei und Landtagsfraktion fordert die arbeitenden Massen in Stadt und Land auf, sich hinter ihre Forderungen zu stellen und sie durch die außerparlamentarische Entfaltung der Klassenkraft zu verwirklichen.

Die „Klassenkämpfer im Erfrischungsraum"

Die Stadtverordneten Gäbel, Schrapel und Neuhof sprechen am Freitag dem 11. Juli um 16 Uhr in den Annensälen, Fischhofplatz, über den

Verrat an den Erwerbslosen

Die Sozialdemokraten Dölitzsch, Finsterbusch und Gen. sind dazu geladen, um ihre Behauptungen vor der Masse der Erwerbslosen zu vertreten.

Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Notstandsarbeiter und Arbeiter aus den Betrieben,

erscheint in Massen!

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Dresden.

Gegen 50prozentigen Lohnraub

Streikbeschluß sächs. Metallarbeiter

Lohnabbau-Offensive beginnt — Schafft Kampfleitungen! Mobilisiert in ganz Sachsen zum Streik — RGO vor die Front!

Plauen, den 9. Juli.

Wie in Nordwest und Mansfeld, so hat auch die Direktion der Vomag in Plauen, aufgemuntert durch die Haltung der DMV-Bürokratie, einen brutalen Abbau der Akkordlöhne von 30 bis 50 Prozent angekündigt. Auf Veranlassung der DMV-Ortsverwaltung fand am Montag im Betrieb eine Urabstimmung über die Aufnahme des Kampfes statt. Die übergroße Mehrheit stimmte für sofortigen Streik. Trotz dieses einmütigen Kampfbeschlusses, versucht die Bürokratie, die ein solches Ergebnis nicht erwartet hatte, die Belegschaft vom Streik abzuhalten.

Am Tage der Urabstimmung wurde ein Flugblatt des DMV an die Belegschaft verteilt, worin die Bürokratie nichts Wichtigeres zu sagen hatte, als die Kollegen vor „unbesonnenen Handlungen zu warnen". Was damit gemeint ist, hat besonders auch die Direktion sofort begriffen. Diese schreibt:

„Wir schließen uns voll und ganz dem an und halten diese Auffassung für richtig, denn ein Streik wäre eine Unbesonnenheit und von schwerwiegender Bedeutung für unsere Belegschaft."

Wenn es gegen die Arbeiter geht, dürfen die Nazis als Dritte im Bunde niemals fehlen. Der nationalsozialistische Werkverein hat ebenfalls ein Flugblatt herausgegeben, worin offen gegen den Kampf der Belegschaft Stellung genommen wird. Es heißt darin u. a.: „Es gibt für unsere trostlose wirtschaftliche Lage keinen anderen Ausweg als Lohnabbau und Preissenkung." So sieht die praktische Durchführung der Parole der Nazis aus, die sie vor den Landtagswahlen besonders in Sachsen propagierten: „Generalstreik gegen Youngsklaverei!"

*

Der Lohnraub der sächsischen Metallindustriellen wird jetzt auf der ganzen Linie einsetzen. Die Bereitschaft, zu streiken, wie es Plauen zeigt, muß schnellstens durch organisatorische Maßnahmen zur Sicherung einer revolutionären Kampfführung unterbaut werden. Bildung von Kampfleitungen aus den Belegschaften heraus, die die Belegschaften zum geschlossenen Widerstand mobilisieren, jeden Verrat der Bürokratie unmöglich machen, eine breite Abwehrfront gegen die faschistischen Streikbrecher schaffen, ist das dringendste Gebot der Stunde. Die RGO, die roten Betriebsräte, die kommunistischen Zellen dürfen keine Stunde verlieren, diese Maßnahmen sofort in Angriff zu nehmen.

Mansfeld ringt Stahlhelm nieder

Halle, 9. Juli.

Die Streiklage im gesamten Mansfelder Bezirk ist unvermindert günstig. Der neue Streikbruchangriff des Stahlhelms ist noch kläglicher gescheitert als alle früheren Vorstöße. Ganze 14 Mann konnten am Montag für die Hettstädter Betriebe zusammengetrommelt werden. Am Dienstag wurden sie ohne besondere Schwierigkeiten von roten Streikposten verjagt.

Der Landarbeiterstreik im Torgauer Gebiet ist erweitert worden.

Sieg unter RGO-Führung

Essen, 9. Juli.

Der Streik bei Saeckel u. Fricke ist durch den entschlossenen Kampf der RGO mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Lehrlinge erhalten eine Lohnzulage von 1—11 Pfennig. Die Firma bezahlt nunmehr Tariflöhne. Die sanitären Einrichtungen werden verbessert.

In Gelsenkirchen sind in den letzten Tagen 100 neue Kämpfer für die Kommunistische Partei und 50 für den Kommunistischen Jugendverband gewonnen worden.

Die IAH hat die Speisungen der Streikenden in großem Maße verstärkt.

London, 9. Juli. In der heutigen Unterhaussitzung erfolgte die Arbeiterregierung bei einer Abstimmung mit 278:275 einer Niederlage und das Parlament damit der Auflösung.

Massenmord in Schlesien

75 Bergleute tot, 90 noch eingeschlossen / Nieder mit dem kapitalistischen Mordsystem!

Breslau, 9. Juli.

Heute nachmittag ereignete sich auf der Winzlausgrube bei Neurode i. Schles. ein schweres Explosionsunglück. Bis Redaktionsschluß waren 75 Tote gemeldet und 47 Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert. 90 Bergarbeiter waren noch in der Grube eingeschlossen und schweben in höchster Lebensgefahr.

75 tote Kumpels sind die Opfer des Bergbaukapitals. Kaum ein Jahr ist es her, wo der kapitalistischen Profitgier auf der nahe gelegenen Waldenburger Glücks-Ilse-Friedens-Hoffnungs-Grube 32 Menschenleben zum Opfer fielen. Als voriges Jahr die Leichen geborgen waren, da „half" die preußische Regierung mit der lächerlichen Summe von 10 000 RM. Es war gleichsam die Ankündigung eines neuen Massenmordens; denn damals ließ die Regierung erklären: „Diese Summe ist auch für etwa zukünftig vorkommende Einzelfälle im Waldenburger und Neuroder Bergbau-Bezirk bestimmt."

Als heute nachmittag die Redaktion unseres Breslauer Bruderblattes von der Grubenleitung nähere Auskunft über die Ursache des Unglücks verlangte, wurde die Auskunft verweigert und die lakonische Antwort gegeben, daß zwar noch immer 90 Bergleute eingeschlossen seien und in höchster Lebensgefahr schweben, die verantwortlichen Leiter aber nicht mehr an der Unglücksstelle seien, sondern sich wahrscheinlich bereits schlafen gelegt hätten.

Hungerlöhne im Waldenburger Bezirk, noch niedriger als anderswo ... RGO und KPD haben zum Proteststreik am Tage der Beerdigung aufgerufen.